

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 44. Ratssitzung vom 11. März 2015

774. 2014/176

**Motion der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 04.06.2014:
Änderung der Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (PR), zentrale Koordination und einheitliche Regelung der Lohnfortzahlungen und Abfindungen nach Entlassungen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Rebekka Wyler (SP)** begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 107/2014) und ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Die RPK hält einstimmig an der Motion fest. Lohnfortzahlungen nach Entlassungen und Abfindungen an städtische Angestellte sowie Abgangsleistungen an Behördenmitglieder sollen zukünftig zentral koordiniert werden und in allen Departementen und Dienstabteilungen nach einheitlichen Richtlinien erfolgen. Die ausbezahlten Beträge sollen tendenziell tiefer angesetzt werden, ausserdem ist eine Obergrenze erforderlich. Die RPK hat sich wiederholt und intensiv mit diesem Thema auseinandergesetzt, sowohl allgemein als auch anhand von Einzelfällen. Die Motion ist parteipolitisch wie auch inhaltlich breit abgestützt.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

***STR Daniel Leupi:** Der Stadtrat sieht ebenfalls Handlungsbedarf, die Motion schießt aber teilweise über das Ziel hinaus. So sind gewisse Sachen bereits zentral und einheitlich geregelt, z. B. die Abgangsentschädigungen für Behördenmitglieder. Anderes findet sich in den Ausführungsbestimmungen, sodass es sinnvoller wäre, diese auf Anpassungen hin zu überprüfen und gegebenenfalls eine Vorlage für das Personalreglement zu erarbeiten. Um auf die Abgangsentschädigungen für Behördenmitglieder zurückzukommen: Dieses Reglement wurde in den letzten zwölf Jahren bereits etwa fünfmal angepasst.*

Weitere Wortmeldung:

***Dr. Urs Egger (FDP):** Klar ist es in gewissen, aber seltenen Fällen von Vorteil, einen Spielraum in Bezug auf die Abgangsentschädigung zu haben. Es ist aber wichtig, jetzt eine Lösung zu erhalten und nicht erst in zwei Jahren. In der Hauptsache geht es weniger um Abgangsentschädigungen an Behördenmitglieder als vielmehr um Abgangsentschädigungen für Mitarbeitende.*

Die Motion wird mit 115 gegen 1 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2 / 2

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat